

99 Fragen und Antworten zum Bürgergeld nach dem zweiten Buch des Sozialgesetzbuch (SGB II) Informationsbroschüre des Landratsamts Ludwigsburg

Vorwort

Sie beziehen bereits Bürgergeld oder haben einen Antrag beim Jobcenter auf die Gewährung von Bürgergeld gestellt bzw. beabsichtigen einen Antrag zu stellen.

Diese Infobroschüre soll Ihnen einen ersten schnellen und allgemein gehaltenen Überblick über Ihre Rechte und Pflichten beim Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende verschaffen. Ein Anspruch auf Vollständigkeit ist mit dieser Broschüre nicht verbunden. Bei individuellen – insb. weitergehenden – Fragen zu Ihrem konkreten Leistungsfall setzen Sie sich bitte mit der für Sie zuständigen Sachbearbeitung in Verbindung.

Das Jobcenter Landkreis Ludwigsburg ist als zugelassener kommunaler Träger für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständig. Das Jobcenter hat mehrere Außenstellen, damit Sie Wohnort nah Ihre Anliegen klären können. Die genauen Örtlichkeiten der Liegenschaften finden Sie im Internet auf der Seite des Landkreises Ludwigsburg.

Unsere Öffnungszeiten sind:

Wochentag	Zeiten
Montag	08.30–12.00 Uhr
Dienstag	08.30–12.00 Uhr
Mittwoch	08.30–12:00 Uhr
Donnerstag	13:30–18:00 Uhr
Freitag	08:30–12:00 Uhr

Kapitel 1 Allgemeines

1. Was ist Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und wer ist grundsätzlich anspruchsberechtigt?

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist rein steuerfinanziert und wird für erwerbsfähige Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland erbracht, wenn diese mindestens 15 Jahre alt sind und das Regelrentenalter noch nicht erreicht haben. Leistungen können auch Personen erhalten, die mit einer leistungsberechtigten Person in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Auszubildende, Schüler und Studenten beachten bitte das Kapitel 12.

2. Welche Leistungen erbringt das Jobcenter? Was bedeutet Grundsicherung?

Die Grundsicherung umfasst Leistungen zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit sowie Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.

Die Grundsicherung dient lediglich der Absicherung des soziokulturellen Existenzminimums.

3. Was gilt bei ausländischen Staatsangehörigen?

Bürgergeld können grundsätzlich alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erhalten, also auch ausländische Personen. Dies gilt, wenn ausländischen Personen ein längerfristiges oder dauerhaftes materielles Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland zusteht und diese ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Hiervon gibt es einige gesetzlich bestimmte Ausnahmen. Insb. wenn die ausländische Person kein Arbeitnehmer (bzw. Fortwirkung des Arbeitnehmerstatus) oder Selbstständiger ist bzw. sich nicht rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhält, ergibt sich kein Bürgergeld-Anspruch. Da die möglichen Aufenthaltsrechte sehr unterschiedlich sind, ist diese Information nur ein sehr grober Umriss. Im Zweifel wird Ihre Anspruchsberechtigung im Zuge des Antragsverfahrens geklärt. Bei Unsicherheiten fragen Sie bitte bei Ihrem zuständigen Sachbearbeiter nach.

4. Was ist mit erwerbsfähig gemeint?

Erwerbsfähigkeit liegt nicht vor, wenn aufgrund einer Erkrankung oder einer Behinderung auf absehbare Zeit (6 Monate) eine Arbeitsleistung von nicht mindestens 3 Stunden „unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes“ täglich erbracht werden kann.

5. Was ist mit Hilfebedürftigkeit gemeint?

Hilfebedürftigkeit liegt vor, sofern Sie Ihren Lebensunterhalt im Sinne des Existenzminimums nicht durch eigene Kräfte – also etwa durch Einkommen oder Vermögen – bzw. durch Hilfe Dritter sicherstellen können.

6. Wer gehört alles zur Bedarfsgemeinschaft?

- der oder die erwerbsfähige Hilfebedürftige
- die im Haushalt lebenden eigenen Kinder und die Kinder des Partners, solange sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und unverheiratet sind und kein ausreichendes eigenes Einkommen oder Vermögen haben
- die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten, erwerbsfähigen Kindes, das das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils
- der Ehepartner, der eingetragene Lebenspartner
- eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen

7. Wer gehört nicht zur Bedarfsgemeinschaft?

- Kinder, die ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen oder Vermögen bestreiten können
- verheiratete Kinder und Kinder, die bereits 25 Jahre alt sind, auch wenn sie mit den Eltern unter einem Dach wohnen
- dauerhaft getrenntlebende (Ehe-)Partner
- Großeltern und Enkelkinder

- Onkel/Tanten und Nichten/Neffen
- Geschwister, soweit sie ohne Eltern zusammenleben
- sonstige Verwandte und Verschwägerte
- sonstige Personen einer reinen Wohngemeinschaft

8. Was ist eine eheähnliche Gemeinschaft?

Eheähnlich ist eine Gemeinschaft dann, wenn diese auf Dauer angelegt ist und eine gewisse Ausschließlichkeit unter zwei Personen vorliegt, welche im Bedarfsfall ein gegenseitiges Einstehen für den Partner erwarten lässt. Indizien sind insbesondere eine dauerhafte Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft, die gemeinsame Betreuung und Versorgung von Kindern im Haushalt sowie die wechselseitige Befugnis, über das gemeinsame tägliche Wirtschaften hinaus über Einkommens- und Vermögensgegenstände des Partners zu verfügen.

9. Was ist eine Haushaltsgemeinschaft und was bedeutet das für mich und meinen Leistungsanspruch?

Eine Haushaltsgemeinschaft zwischen Verwandten oder Verschwägerten besteht, wenn diese zusammenleben und „aus einem Topf wirtschaften“, ohne dass die Voraussetzungen einer Bedarfsgemeinschaft bestehen.

Es besteht unter bestimmten Umständen eine Vermutung dafür, dass Verwandte oder Verschwägerter in einer Haushaltsgemeinschaft sich gegenseitig unterstützen. Das bedeutet dann, dass Ihr Einkommen und Vermögen berücksichtigt wird.

10. Kann ich neben dem Arbeitslosengeld I auch Bürgergeld erhalten oder eine Vollzeitätigkeit ausüben, wenn das Geld nicht reicht? Was gilt es zu beachten?

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, neben dem Arbeitslosengeld I oder einer Erwerbstätigkeit auch Bürgergeld zu erhalten, wenn Sie und die Mitglieder Ihrer Bedarfsgemeinschaft trotz dieser Einnahmen hilfebedürftig sind.

Bitte beachten Sie: Die Agentur für Arbeit ist eine eigenständige Behörde, die unabhängig vom Jobcenter Landkreis Ludwigsburg besteht. Der gestellte Antrag auf Arbeitslosengeld I bei der Agentur für Arbeit gilt nicht zeitgleich als Antragstellung auf Bürgergeld. Sie müssen bei Bedarf also 2 Anträge bei unterschiedlichen Behörden stellen.

11. Haben Menschen, die in stationären Einrichtungen oder in Haftanstalten untergebracht sind, Anspruch auf Bürgergeld?

Grundsätzlich entfällt der Anspruch, da Sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Für Menschen in einer stationären Einrichtung bleibt allerdings die Berechtigung, Bürgergeld weiter zu erhalten, wenn Sie vermutlich weniger als 6 Monate in dieser Einrichtung verbleiben.

Kapitel 2

Die Antragsstellung und Weitergewährung der Leistungen

12. Muss ich einen Antrag stellen, um Bürgergeld zu bekommen?

Ja. Die Leistungen nach dem SGB II werden nur auf Antrag erbracht – dies gilt auch für eine Weiterbewilligung der Leistungen. Die Leistung wird ab dem Tag der Antragstellung gezahlt, nicht für Zeiten davor. Der Antrag wirkt aber auf den Ersten des Monats zurück. Der Antrag gilt für alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft.

Einmalige Beihilfen und Darlehen sind grundsätzlich gesondert zu beantragen. Bitte beachten Sie dies. Machen Sie daher auf einen weitergehenden Bedarf bitte ausdrücklich aufmerksam.

13. Wie lange dauert ein Bewilligungszeitraum?

Der Bewilligungszeitraum beträgt maximal 12 Monate. In Fällen, in denen sich regelmäßig oder zu erwartende Änderungen ergeben und die Leistungen daher nur vorläufig bewilligt wurden, beträgt die grundsätzliche Gewährung maximal 6 Monate. Bei schwankenden Einkünften ist generell nur eine Bewilligung von 6 Monaten die Regel.

Die Bewilligung kann auch kürzer sein, wenn die Anspruchsvoraussetzungen relativ gesichert entfallen bzw. das weitere Vorliegen unsicher ist (z. B. Erreichen der Altersgrenze, Verlust der Arbeitnehmereigenschaft als Angehöriger eines anderen EU-Staates, Befristung des Aufenthaltstitels).

14. Was passiert nach Ende des Bewilligungsabschnitts? Muss ich einen weiteren Antrag stellen, wenn ich weiter Leistungen möchte?

Das Bürgergeld wird zeitlich begrenzt bewilligt. Nach Ende des Bewilligungsabschnittes erhalten Sie also keine Leistungen automatisch weitergezahlt. Sie müssen, wenn Sie nach wie vor auf Bürgergeld angewiesen sind, einen Weitergewährungsantrag stellen.

15. Wann sollte ich spätestens einen Weitergewährungsantrag stellen?

Die Weitergewährungsanträge sollten rechtzeitig vor dem Auslaufen des Bewilligungsabschnittes gestellt werden, um eine nahtlose Weiterzahlung grundsätzlich zu ermöglichen. Der Weitergewährungsantrag sollte spätestens 6 Wochen vor Ende des laufenden Bewilligungsabschnittes beim Jobcenter eingereicht werden.

16. Reicht eine Antragstellung aus, um alle Leistungen zu erhalten, die möglich sind?

Nein, es gibt einige Leistungen, die einen eigenen Antrag voraussetzen, z. B. Leistungen in besonderen Bedarfssituationen (z. B. Umzugskosten, Mietkaution). Hier ist zusätzlich ein Antrag zu stellen, da diese Leistungen gesondert erbracht werden.

17. Bin ich krankenversichert, wenn ich SGB II Leistungen erhalte?

Erhalten Sie SGB-II-Leistungen als Zuschuss, werden die Pflichtbeiträge für eine Kranken- und Pflegeversicherung über das Jobcenter gezahlt. In anderen Fällen kann bei Vorliegen der Voraussetzungen ein Zuschuss zu den ungedeckten Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung geleistet werden – insb., wenn Sie wegen Einkommens Ihres Partners keinen SGB-II-Anspruch haben, aber aufgrund der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge hilfebedürftig werden.

Bitte beachten Sie: Die Versicherung erfolgt erst, wenn die Leistungen bewilligt wurden. Dies erfolgt rückwirkend. Es kann jedoch ein zeitliches Fenster entstehen, in dem Sie Krankenversicherungsschutz beanspruchen möchten und eine Bewilligung Ihres Antrags noch nicht erfolgen konnte. Es kann daher sinnvoll sein, sich mit Ihrer Krankenkasse in Verbindung zu setzen, um einen vorläufigen Versicherungsschutz zu erlangen.

18. Erhalte ich beim Bezug von Bürgergeld Rentenversicherungsbeiträge gezahlt?

Nein. Die Zeiten des Bezugs werden nur gemeldet. Es handelt sich um beitragsfreie Meldezeiten, welche für Anwartschaften auf z. B. Erwerbsminderungsrenten und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben entscheidend sein können.

19. Was passiert, wenn die Antragsunterlagen (Erstantrag/Weiterbewilligungsantrag) unvollständig sind?

Fehlen Unterlagen zur Bearbeitung Ihres Antrags, erhalten Sie ein Mitwirkungsschreiben, in dem Sie unter Hinweis auf die gesetzlichen Rechtsfolgen aufgefordert werden, innerhalb einer bestimmten Frist die noch fehlenden Unterlagen, Nachweise und Angaben nachzuholen. Bei Fristversäumung ist mit der Ablehnung, Versagung bzw. bei bereits bewilligten Leistungen mit der Entziehung zu rechnen. Sie erhalten dann keine Gelder (mehr). Sollten Sie die Frist aus nicht zu vertretenden Gründen nicht einhalten können, teilen Sie dies bitte dem Jobcenter im eigenen Interesse umgehend mit.

20. Zahlt das Jobcenter auch meine Rundfunkbeiträge oder eventuelle Rückstände bei der Rundfunkgebührenzentrale (früher: GEZ)?

Nein. Es können weder die laufenden Gebühren noch Gebührenrückstände vom Jobcenter übernommen werden. Sie können sich aber von den Rundfunkgebühren befreien lassen, wenn Sie Bürgergeld beziehen. Jeder Bewilligungsbescheid enthält eine entsprechende Bescheinigung. Den Antrag auf Gebührenbefreiung müssen Sie direkt beim Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio stellen. Seit 01.01.2017 kann man sich bei Vorliegen der Voraussetzungen auch rückwirkend von den Rundfunkgebühren für einen gewissen Zeitraum befreien lassen.

21. Sollte ich mit einer Entscheidung des Jobcenters nicht einverstanden sein, was kann ich dann tun?

Ihnen steht gegen die Entscheidungen des Jobcenters, die Verwaltungsakte sind, das Widerspruchsrecht zu. Der Widerspruch ist nach Zugang des Bescheids innerhalb eines Monats schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde einzureichen. Hierzu muss der Widerspruch schriftlich (mit Unterschrift), in elektronischer Form nach § 36a Absatz 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I), schriftformersetzend nach § 36a Absatz 2a des SGB I und § 9a Absatz 5 des Onlinezugangsgesetzes (OZG) oder zur Niederschrift (GT 44R, Hindenburgstr. 30/1) eingelegt werden. Eine einfache, gewöhnliche E-Mail ist nicht ausreichend.

Der Widerspruch wird in einer eigenen Abteilung geprüft.

Kapitel 3

Auszahlungen der Leistungen (ggf. an Dritte), allgemeine Verfahrensregeln und Art der Leistungsgewährung

22. Wann und wie werden die Geldleistungen ausgezahlt?

Sie erhalten die Leistungen grundsätzlich auf Ihr Konto überwiesen. Zahlungen können auf Ihren Wunsch hin auch auf das Konto eines Dritten gezahlt werden, sofern Sie damit eine eigene Verpflichtung erfüllen wollen und dies belegen, z. B. an den Vermieter/Energieversorgungsunternehmen

Sollten Sie die Auszahlung per Scheck wünschen, fallen hierfür Gebühren in Höhe von derzeit 7,10 € an. Diese werden von Ihrem Leistungsanspruch abgezogen.

Das Bürgergeld wird **am Monatsende** für den nächsten Monat (im Voraus) ausgezahlt. Sie erhalten die Leistungen für Februar also Ende Januar ausgezahlt.

23. Werden Leistungen immer für den vollen Monat erbracht?

Grundsätzlich ja. Es kann jedoch sein, dass Leistungen nur für anteilige Monate zustehen, z. B., wenn Sie unter dem laufenden Monat in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Jobcenters verziehen. Jeder Tag des Leistungsbezugs wird mit 1/30 berechnet, auch wenn der Monat nur 28 bzw. 29 oder sogar 31 Tage hat.

24. Kann das Jobcenter Zahlungen an Dritte – z. B. meinem Vermieter oder den Energieversorger – ohne mein Einverständnis vornehmen?

In gewissen Ausnahmefällen ist dies möglich. Es kann an den Vermieter bzw. das Energieversorgungsunternehmen gezahlt werden, wenn Sie Schulden haben und Ihnen die Kündigung der Wohnung oder die Einstellung der Energieversorgung droht. Die Direktzahlung ist immer dann möglich, wenn eine Notlage gegeben ist.

25. Sind SGB II Leistungen unpfändbar? Soll ich ein Pfändungsschutzkonto einrichten?

Grundsätzlich sind Leistungen nach dem SGB II zur Deckung des Existenzminimums beim Jobcenter direkt unpfändbar. Um jedoch sicherzustellen, dass Ihnen die Leistungen nicht durch eine Kontopfändung bei Ihrer Bank dennoch nicht zur Verfügung stehen, kann es empfehlenswert sein, ein Pfändungsschutzkonto einzurichten. Hierzu können Sie sich an die Schuldnerberatung im Landratsamt Ludwigsburg wenden.

26. Was sind Mitwirkungspflichten?

Wegen der Identitätsprüfung haben Sie bei der erstmaligen Antragstellung persönlich, vorzugsweise unter Vorlage eines Lichtbildausweises, vorzusprechen.

Ab Antragstellung sind Sie verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die Einfluss auf die Leistungen haben und geeignete Unterlagen hierzu vorzulegen. Zudem müssen Sie in regelmäßigen Abständen zu persönlichen Vorsprachen erscheinen.

27. Gibt es auch Mitteilungspflichten?

Ab der erfolgten Antragstellung und während der laufenden Bewilligungszeit sind Sie verpflichtet, Änderungen in Ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die Einfluss auf die Leistungsgewährung haben mitzuteilen, z. B. die Aufnahme einer Beschäftigung oder der Zuzug einer weiteren Person in Ihren Haushalt. Bei Unsicherheiten über die Mitteilungsverpflichtung einer Änderung sprechen Sie bitte mit Ihrer zuständigen Sachbearbeitung.

28. Was passiert, wenn ich eine Mitteilung nicht mache, die relevant für die Leistungen ist?

Es kann passieren, dass Ihnen dann Leistungen zu viel ausgezahlt werden und Sie grundsätzlich

zum Ersatz der Überzahlung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet sind. Auch setzen Sie sich möglicherweise dem Vorwurf aus, dass es sich bei der unterlassenen Veränderungsmitteilung um eine Ordnungswidrigkeit oder sogar einer Straftat handelt.

29. Werden meine Angaben überprüft?

Es erfolgen automatisierte Datenabgleiche. Es werden die Daten aller Leistungsberechtigten quartalsweise daraufhin abgeglichen, ob parallel zum Leistungsbezug andere Einkünfte bezogen werden (Einkommen, Zinsen aus Kapitalanlagen, Renten). Außerdem werden im Monatsrhythmus Datenabgleiche im Hinblick auf Einkünfte aus sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigungen durchgeführt. Auch anlassbezogen können gewisse Ermittlungen getätigt werden. Zur Statusklärung der Betroffenen und zur Überprüfung der Leistungsvoraussetzungen sind Dritte (z. B. Banken, Versicherungen, Arbeitgeber) gegenüber dem Jobcenter zur Auskunft verpflichtet.

Kapitel 4

Das tragende Prinzip des SGB II: Fördern und Fordern – Eingliederung in Arbeit

30. Was bedeutet das Prinzip Fördern und Fordern?

Mit der Zahlung von Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende entsteht ein Sozialrechtsverhältnis der Gegenseitigkeit.

Unter „Fördern“ versteht man die – unter Berücksichtigung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – im Einzelfall für die Eingliederung in Arbeit erforderlichen Leistungen, die Ihnen zu Ihrer Integration in den Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden können.

„Fordern“ heißt, dass Sie aktiv an allen Maßnahmen mitwirken, die Ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen. Dazu gehört, dass Sie sich eigenständig um eine Arbeit bemühen und dieses auch nachweisen.

31. Bin ich verpflichtet, mich persönlich zu melden?

Solange Sie Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende beanspruchen, sind Sie auch verpflichtet, sich bei Ihrem Jobcenter auf Aufforderung persönlich zu melden. Die persönliche Vorsprache kann erforderlich sein, um mit Ihnen die Prüfung der Leistungsvoraussetzungen zu klären oder um mit Ihnen über Ihre persönliche und berufliche Situation zu sprechen. Miteilungen und Aufforderungen vom Jobcenter müssen werktäglich (Montag – Samstag) zur Kenntnis genommen werden können.

32. Was ist eine Potenzialanalyse?

Eine Potenzialanalyse wird gemeinsam mit Ihnen als erwerbsfähige leistungsberechtigte Person erstellt. Die Potenzialanalyse ist eine Bestandsaufnahme Ihrer persönlichen Merkmale, Ihrer beruflichen Fähigkeiten und Ihrer individuellen Stärken, welche für die berufliche Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit erforderlich sind.

33. Was ist ein Kooperationsplan?

Der Kooperationsplan wird gemeinsam mit Ihnen erarbeitet und soll Sie bei der Integration in Arbeit oder bei der Teilnahme an einer Qualifizierung unterstützen.

Der Kooperationsplan dient als Fahrplan. Er enthält alle wesentlichen Schritte, die Sie Ihrem Eingliederungsziel näherbringen. Somit dient er als roter Faden, der Sie und Ihre zuständige Ansprechperson des Jobcenters innerhalb des Integrationsprozesses leitet und immer wieder verändert und aktualisiert wird, bis das Eingliederungsziel erreicht ist.

Der Kooperationsplan ist ein rechtlich unverbindlicher Plan und wird nicht unterschrieben. Er wird Ihnen in Textform ausgehändigt.

Stand März 2025

34. Was passiert, wenn ich mich mit meiner zuständigen Ansprechperson nicht auf eine gemeinsame Integrationsstrategie einigen kann?

Sollten Sie mit den Inhalten bei der Erstellung oder Fortschreibung des Kooperationsplans nicht einverstanden sein, können Sie oder Ihre zuständige Ansprechperson des Jobcenters Ludwigsburg ein Schlichtungsverfahren einleiten.

35. Was ist ein Schlichtungsverfahren?

Ziel des Schlichtungsverfahrens ist es, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und dem Jobcenter, die im Zusammenhang mit der Erstellung oder Fortschreibung eines Kooperationsplans entstanden sind, einer schnellen und einvernehmlichen Lösung zuzuführen.

Das Schlichtungsverfahren wird unter Hinzuziehung einer dritten, bisher **unbeteiligten** und **nicht weisungsgebundenen** Person durchgeführt. Im Schlichtungsverfahren soll ein gemeinsamer Lösungsvorschlag erarbeitet werden. Diesen gemeinsamen Lösungsvorschlag hat das Jobcenter zu berücksichtigen. Das Schlichtungsverfahren endet durch eine Einigung oder spätestens nach vier Wochen.

36. Was passiert, wenn ich keinen Kooperationsplan mit meiner zuständigen Ansprechperson erstellen möchte?

Wenn Sie sich gegen einen Kooperationsplan aussprechen, so erfolgen erforderliche Aufforderungen zu Mitwirkungshandlungen mit Rechtsfolgenbelehrung.

37. Was für Förderungsmöglichkeiten gibt es? Wer entscheidet drüber?

Für jede erwerbsfähige leistungsberechtigte Person ist eine zuständige Ansprechperson (IntegrationsvermittlerIn/FallmanagerIn) zuständig. Ihre zuständige Ansprechperson unterstützt und berät Sie über die möglichen Eingliederungsleistungen für Ihren konkreten Einzelfall. Es können z. B. Bewerbungskosten und Kosten für ein Vorstellungsgespräch übernommen werden. Es gibt eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten; diese entnehmen Sie dem Hinweisblatt „Hinweise und Erklärungen zu Eingliederungsleistungen“. Ihre zuständige Ansprechperson berät Sie gerne.

38. Erhalte ich „Urlaub“, obwohl ich nicht arbeite?

Einen normalen Urlaub, wie Sie diesen aus einem Arbeitsverhältnis kennen, ist im Gesetz nicht vorgesehen. Allerdings können Sie sich – je nach Abwesenheitsgrund-maximal 3 Wochen im Kalenderjahr außerhalb des näheren Bereichs aufhalten. Hierzu ist die vorherige Zustimmung Ihrer zuständigen Ansprechperson des Jobcenters Ludwigsburg notwendig. Die Zustimmung zur Abwesenheit hängt insbesondere davon ab, ob dadurch Ihre Vermittlung in Arbeit wesentlich erschwert wird. Bei Rückkehr sind Sie verpflichtet, sich unverzüglich beim Jobcenter zurückzumelden.

39. Was passiert, wenn ich mich ohne Genehmigung außerhalb des näheren Bereichs aufhalte?

Eine unerlaubte Abwesenheit außerhalb des näheren Bereichs führt dazu, dass Ihr Anspruch auf Grundsicherungsleistungen insgesamt für diese Zeit entfällt, die Leistungsgewährung wird aufgehoben. Eventuelle Überzahlungen sind von Ihnen zu erstatten.

40. Was muss ich beachten, wenn ich krank werde und Bürgergeld bekomme?

Bitte melden Sie sich bei Ihrer zuständigen Ansprechperson im Jobcenter Ludwigsburg. In der Regel soll vor dem dritten Kalendertag eine ärztliche Bescheinigung vorgelegt werden; sollten Sie an einem Tag der Erkrankung einen Termin beim Jobcenter haben, muss für diesen Tag zwingend eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorgelegt werden.

41. Ich habe eine Einladung zu einem Termin beim Jobcenter erhalten, was passiert, wenn ich dieser nicht folge?

Folgen Sie einer Einladung unentschuldigt nicht, führt dies zu einem Meldeversäumnis, welches wiederum zu einer Leistungsminderung führt. Das Jobcenter darf dann Ihre Leistungen kürzen.

42. Kann und darf das Jobcenter meinen (ehemaligen) Arbeitgeber kontaktieren?

In gewissen Situationen, insb. wenn Sie Ihrer Mitteilungs- und Mitwirkungspflicht nicht nachkommen, bestehen gesetzliche Erlaubnistatbestände, die offenen Fragen mit dem ehemaligen Arbeitgeber zu klären. Auch wenn Sie Gehaltsrechnungen, die zur Leistungsberechnung notwendig sind nach Aufforderung nicht eingeben, können diese vom Arbeitgeber direkt verlangt werden.

43. Was sind Gründe für eine Leistungsminderung?

Grundlegend unterscheidet das Gesetz zwischen Meldeversäumnissen und Pflichtverletzungen. Die Meldeversäumnisse betreffen Termine beim Jobcenter, dem ärztlichen oder psychologischen Dienst, die Sie unentschuldigt nicht wahrnehmen.

Pflichtverletzungen hingegen sind vielfältig. Z. B: können Sie Ihre Pflichten verletzen, wenn Sie den Aufforderungsschreiben zur Mitwirkung vom Jobcenter nicht nachkommen, (z. B. Nachweis von Eigenbemühungen, Vorlage von Bewerbungsunterlagen) oder sich auf einen Vermittlungsvorschlag hin nicht beworben haben, oder eine zumutbare Maßnahme zur Eingliederung nicht antreten, abrechnen und Anlass für einen Abbruch geben. Auch die Fortsetzung von unwirtschaftlichem Verhalten kann eine Pflichtverletzung darstellen.

44. Wie hoch erfolgt die Minderung der Leistungen bei Meldeversäumnissen?

Bei Meldeversäumnissen erfolgt die Minderung in Höhe von 10 % des maßgeblichen Regelbedarfes. Mehrere Meldeversäumnisse können in gesetzlichen Grenzen zusammenaddiert werden. Der Minderungszeitraum beträgt einen Monat.

45. Wie hoch sind die Minderungen bei Pflichtverletzungen? Und wie lange dauert eine Leistungsminderung?

Bei einer ersten Pflichtverletzung erfolgt eine Minderung in Höhe von 10% des maßgeblichen Regelbedarfs. Die Dauer der Minderung beträgt einen Monat.

Bei einer festgestellten weiteren Pflichtverletzung erfolgt eine Minderung in Höhe von 20% des maßgeblichen Regelbedarfs für einen Zeitraum von zwei Monaten.

Bei jeder weiteren Pflichtverletzung beträgt die Minderung 30% des maßgeblichen Regelbedarfs. Der Minderungszeitraum entspricht drei Monate.

Es kann eine Verkürzung des Minderungszeitraums erfolgen, wenn Sie glaubhaft und nachhaltig versichern, Ihren Mitwirkungspflichten zukünftig nachzukommen oder, wenn Sie nachweisen, dass Sie Ihre Mitwirkungspflichten erfüllt haben.

46. Kann wegen einer Leistungsminderung mein gesamter Anspruch entfallen?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 05.11.2019 festgestellt, dass die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts höchstens um 30 % des maßgeblichen Regelbedarfs gemindert werden dürfen. Der Wegfall der Leistungen ist auf den Regelbedarf begrenzt. Bei den sich ergebenden Minderungsbeträgen, darf keine Minderung der Kosten der Unterkunft und Heizung erfolgen.

47. Kann von einer Leistungsminderung abgesehen werden?

Sofern Sie einen wichtigen Grund darlegen und nachweisen, der Ihr Verhalten erklärt und der als wichtiger Grund im Sinne der Vorschriften des zweiten Buches Sozialgesetzbuch bewertet und anerkannt werden kann, liegt keine Verletzung der Mitwirkungspflichten vor. In diesem Fall wird keine Sanktion ausgesprochen.

Stand März 2025

Zudem kann von einer Leistungsminderung abgesehen werden, wenn das Erfüllen der Mitwirkungspflicht zwar grundsätzlich erwartet werden konnte, im Einzelfall aber außergewöhnliche Lebensumstände vorliegen, aufgrund derer eine Sanktion unzumutbar erscheint und in der Gesamtbetrachtung der persönlichen Verhältnisse darum zu einer übermäßig harten und unzumutbaren Belastung (außergewöhnlichen Härte) führen würde.

48. Die Agentur für Arbeit hat mein Arbeitslosengeld I für die Dauer von 12 Wochen gesperrt, weil ich eine Arbeitsstelle selbst gekündigt habe. Erhalte ich Bürgergeld in dieser Zeit?

Wenn Hilfebedürftigkeit gegeben ist, erhalten Sie Bürgergeld. Allerdings besteht hier die Möglichkeit einer Sanktion in Form einer Minderung des Bürgergeldes. Bitte beachten Sie: Darüber hinaus kann auch geprüft werden, ob Sie aufgrund sozialwidrigen Verhaltens zur Erstattung der für die Sperrzeit des Arbeitslosengeld I geleisteten Grundsicherungsleistungen verpflichtet sind.

Kapitel 5 Einkommen

49. Was ist Einkommen?

Alle Einnahmen in Geld, die ab Antragstellung zufließen und sind als Einkommen grundsätzlich zu berücksichtigen. Dabei ist unbeachtlich, ob es sich um eine laufende oder eine einmalige Einnahme handelt, z. B. Einnahmen aus Arbeit, Unterhaltsleistungen, Arbeitslosen- und Krankengeld, Nachzahlungen aus beantragten anderen staatlichen Leistungen, auch Kindergeld und Renten.

50. Gibt es anrechnungsfreie Bezüge?

Bestimmte Einnahmen gelten nicht als Einkommen im Sinne des SGB II und werden nicht angerechnet (privilegiertes Einkommen), z. B.:

- Blindengeld
- Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz und Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung vorsehen
- Pflegegeld bei Vollzeitpflege für den erzieherischen Einsatz für das erste und zweite Pflegekind ganz und für das dritte Pflegekind 75 %, sofern es sich nicht um Kindertagespflege handelt
- besondere Zuwendungen, z. B. Soforthilfe bei Katastrophen, Ehrenabgaben aus öffentlichen Mitteln (bei Alters- oder Ehejubiläum, Lebensrettung), Spenden aus Tombolas für bedürftige Menschen
- Schmerzensgeldleistungen
- Mutterschaftsgeld nach § 19 Mutterschaftsgesetz

Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Ob Einnahmen anrechenbares Einkommen sind, wird im Rahmen der Antragstellung geprüft. Geben Sie daher bei Zweifeln alle Einnahmen an.

51. Was versteht man unter der Versicherungspauschale?

Die Versicherungspauschale beträgt 30 € und mindert das anrechenbare Einkommen. Wenn Sie volljährig sind und eine anrechenbare Einnahme vorliegt, erhalten Sie die Versicherungspauschale. Minderjährige erhalten die Versicherungspauschale nur, wenn nachgewiesen wird, dass diese eine, dem Grunde und der Höhe nach, angemessene Versicherung abgeschlossen haben. Ist das anzurechnende Einkommen geringer, kann allenfalls in dieser Höhe die Absetzung erfolgen. *Beispiel: Anrechenbares Einkommen 27 €, Abzug Versicherungspauschale in Höhe von 27 €.*

52. Ich habe zwei Einnahmen, bekomme ich dann zweimal die Versicherungspauschale?

Die Versicherungspauschale gibt es nur einmal pro Person. Liegt Erwerbseinkommen vor, ist die Versicherungspauschale bereits im Grundfreibetrag für das Erwerbseinkommen beinhaltet.

53. Welche Freibeträge gibt es beim Erwerbseinkommen?

Für Erwerbseinkommen erhalten Sie einen Grundfreibetrag in Höhe von 100 €. In diesem ist die Versicherungspauschale von 30 € bereits beinhaltet.

Für die nachfolgenden Bruttoteilbetragsstufen ist jeweils ein Freibetrag zu gewähren:

100,01 Euro – 520,00 Euro 20 Prozent

520,01 Euro – 1.000,00 Euro 30 Prozent

1.000,01 Euro – 1.200,00 Euro 10 Prozent oder

1.000,01 Euro – 1.500,00 Euro (mit minderj. Kind) 10 Prozent

Bei einem Erwerbseinkommen aus einer gemeinnützigen Tätigkeit erhöht sich der Grundfreibetrag. Die genaue Berechnung in Ihrem individuellen Einzelfall können Sie dem Berechnungsbogen entnehmen bzw. mit Ihrem zuständigen Sachbearbeiter klären.

54. Wie hoch ist der Freibetrag bei Studierenden, Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern, bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres?

Mit Einführung des Bürgergeldes ist bei Studierenden, Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern, bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres der erhöhte Grundabsetzbetrag zu berücksichtigen. Derzeit (Stand 01. 01. 2025) beträgt der nach § 8 Absatz 1a SGB IV maßgebliche Betrag 556,00 Euro monatlich.

55. Was ist mit meiner Kfz-Haftpflichtversicherung? Bekomme ich diese vom Jobcenter „bezahlt“?

Nein. Es handelt sich hier nicht um eine übernahmefähige Leistung. Allerdings kann die Kfz-Haftpflichtversicherung mit 1/12 pro Monat bei einem anzurechnenden Einkommen abgesetzt werden; bei Erwerbseinkommen gelten Besonderheiten bei der Abzugsberechnung. Die Versicherung ist durch die jährliche Beitragsmitteilung nachzuweisen.

56. Mein Partner muss Unterhalt an die Kinder/ggf. den geschiedenen Ehegatten bezahlen. Wird dies bei der Einkommensermittlung berücksichtigt?

Unterhaltszahlungen können nur bei einer anzurechnenden Einnahme in Abzug gebracht werden, wenn der Unterhalt tatsächlich gezahlt wird (Nachweise sind vorzulegen) und der Unterhaltsanspruch titulierte ist. Es kann auch nur laufender Unterhalt und nicht etwa Unterhaltsschulden abgezogen werden bei freiwilligen Zahlungen, auch wenn die Rückstände in einem vollstreckbaren Titel geregelt sind.

57. Ist eine Steuererstattung des Vorjahres, welche ich nach Antragstellung SGB II erhalte, auch als Einkommen anzurechnen?

Ja, denn es gilt im SGB II das Zuflussprinzip. Auch wenn die Steuererstattung aus Zeiten vor Antragstellung und davor erzielten Erwerbseinkommen resultieren, wird schlicht darauf geschaut, ob Sie in der Lage sind, Ihren Lebensunterhalt damit zu decken. Damit ist für die Anrechnung der Steuererstattung nur maßgeblich, ob diese während des laufenden SGB II Bezugs erfolgt.

58. Werden Renten angerechnet?

Auch Renten sind anzurechnende Einnahmen. Sofern Sie jedoch eine Altersrente beziehen, sind Sie grundsätzlich nicht mehr nach dem SGB II anspruchsberechtigt.

59. Ich beziehe eine Altersrente und lebe mit einer erwerbsfähigen Person in einer Bedarfsgemeinschaft. Was ist dann mit Leistungen des Jobcenters?

Sofern Sie Altersrente beziehen, haben Sie keinen Anspruch auf Bürgergeld-Leistungen. Sollte Ihr eigener Bedarf durch die Altersrente hingegen nicht gedeckt sein können Sie einen Antrag auf Grundsicherung im Alter bzw. wegen dauerhafter voller Erwerbsminderung nach dem SGB XII stellen.

60. Ich lebe mit meinem/meiner Partner/in und seinen/ihren Kindern aus erster Ehe zusammen. Muss ich auch für die Stiefkinder aufkommen?

Ja. Das ist das Prinzip der Bedarfsgemeinschaft. Sollten die minderjährigen Kinder Ihren eigenen Bedarf nicht selbst durch Einkommen (z. B. Kindergeld, Unterhaltszahlungen) oder Vermögen decken können, wird das Einkommen des Partners und das Vermögen des Partners auch für Stiefkinder zur Bedarfsdeckung berücksichtigt.

Kapitel 6 Vermögen

61. Was ist Vermögen?

Zu Ihrem Vermögen gehört alles „Hab und Gut“, das in Geld messbar ist – unabhängig davon, ob das Vermögen im In- oder Ausland bei Antragstellung vorhanden ist. Auch Forderungen können einen Vermögenswert darstellen. Des Weiteren muss dieses Vermögen im Prognosezeitraum (in der Regel der Bewilligungsabschnitt) verwertbar sein.

62. Wann ist Vermögen verwertbar?

Verwertbar ist Vermögen, wenn es für den Lebensunterhalt direkt verwendet werden oder sein Geldwert durch Verbrauch, Verkauf, Beleihung, Vermietung oder Verpachtung für den Lebensunterhalt genutzt werden kann.

Nicht verwertbar sind Vermögensgegenstände, über die Sie aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht frei verfügen können, z. B. weil der Vermögensgegenstand verpfändet ist. Allein die Stellung als Miteigentümer stellt z. B. grundsätzlich kein Hindernis in diesem Sinne dar.

63. Wird alles berücksichtigt oder gibt es Vermögenswerte, die nicht berücksichtigt werden?

Es gibt auch einige Vermögenswerte, die nicht berücksichtigt werden. Es handelt sich hierbei um sogenanntes geschütztes Vermögen. Dazu zählen:

- angemessener Hausrat
- ein angemessenes Kraftfahrzeug
- für die Alterssicherung bestimmte Vermögensgegenstände und Rechte bei Befreiung von der Rentenversicherungspflicht in angemessenem Umfang
- eine selbst bewohnte angemessene Eigentumswohnung oder ein selbst bewohntes angemessenes Hausgrundstück
- Vermögen zur baldigen Beschaffung oder für den Erhalt eines angemessenen Hausgrundstücks für behinderte oder pflegebedürftige Personen
- Sachen und Rechte, deren Verwertung offensichtlich unwirtschaftlich ist oder für den Betroffenen eine besondere Härte bedeuten würde

64. Habe ich Vermögen, wenn ich zudem auch Schulden habe?

Ja. Das Sozialrecht kennt keine „Saldierung“. Vorhandene Vermögenswerte müssen zuerst zur Deckung der eigenen Bedürfnisse eingesetzt werden. Eine Schuldentilgung ist nachrangig.

65. Darf ich mein Auto behalten?

Ein Auto stellt einen Vermögenswert dar. Sofern der aktuelle Verkehrswert angemessen ist und sie erwerbsfähig sind, ist das Auto jedoch ein geschützter Gegenstand. Ein Verkehrswert von dem Verkaufserlös abzüglich ggf. noch bestehender Kreditverbindlichkeiten von maximal 15000,00 EUR gilt als angemessen.

66. Ich habe eine kapitalbildende Lebensversicherung abgeschlossen. Ist diese auch zu verwer-
ten?

Für die Altersvorsorge bestimmte Versicherungsverträge sind nicht als Vermögen zu berücksichtigen. Verträge, die den Voraussetzungen des § 5 Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz (AltZertG) entsprechen, werden als für die Altersvorsorge bestimmt, anerkannt.

67. Stehen mir auch beim Vermögen Freibeträge zu?

Durch die Einführung des Bürgergeldes ging auch die Einführung der Karenzzeit einher. Das bedeutet, dass die Karenzzeit ein Jahr läuft und am Ersten des Monats beginnt, für welchen die betroffene Person erstmals Bürgergeld bezieht. In dieser Zeit besteht ein Freibetrag in Höhe von 40000,00 EUR für die leistungsberechtigte Person und 15000,00 EUR für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft. Nach diesem Jahr besteht für jede Person in der Bedarfsgemeinschaft ein Freibetrag in Höhe von 15000 EUR

68. Kann von einer Verwertung des Vermögens abgesehen werden?

Die Leistungen werden als Darlehen erbracht, wenn die Verwertung von nicht geschütztem Vermögen eine unbillige Härte darstellt oder die mögliche Verwertung zum jetzigen Zeitpunkt eben diese unbillige Härte verursacht.

Die Darlehensgewährung kann von der Bestellung einer Sicherheit (evtl. Eintragung einer Grundschuld im Grundbuch) abhängig gemacht werden.

69. Gibt es Situationen, in denen Vermögen unterhalb der Freibeträge dennoch bei Leistungen nach dem SGB II berücksichtigt werden?

Ja. Darlehen nach dem SGB II werden nur erbracht, wenn die besonderen Bedarfe, z. B. Energieschulden, nicht durch Schonvermögen – auch das Schonvermögen der Kinder – gedeckt werden kann. Bei Mietschulden ist jedoch kein Kindesvermögen einzusetzen.

70. Was passiert, wenn ich unerwartet eine Erbschaft mache oder ein Pflichtteil auf mich entfällt?

Dies stellt eine mitteilungsbedürftige Änderung Ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse dar. Dies sollten Sie daher unverzüglich mitteilen. Tritt der Erbfall, vor der Bedarfszeit ein, handelt es sich bei dem Erbe um Vermögen. Tritt der Erbfall während der Bedarfszeit ein, ist eine Erbschaft privilegiert, d.h. im Monat des Zuflusses nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Danach erfolgt die Zuweisung zum Vermögen. Das Vermächtnis ist ebenso wie Pflichtteilszuwendungen ab 01.01.2024 nicht mehr als Einkommen zu berücksichtigen.

Kapitel 7**Vorrangige Leistungen****71. Warum sind vorrangige Leistungen zu beanspruchen?**

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden nur erbracht, wenn die Bedarfsdeckung nicht durch andere – auch andere staatliche Leistungen – möglich ist. Es gilt der sogenannte Nachranggrundsatz. Leistungsberechtigte sind verpflichtet, andere Sozialleistungen zu beantragen, wenn sie hierdurch ihre Hilfebedürftigkeit beseitigen, verkürzen oder vermindern können.

72. Was sind solche vorrangigen anderen staatlichen Leistungen?

Dazu zählen z. B. der Kinderzuschlag (bei der Kindergeldkasse zu beantragen), das Kindergeld, Unterhaltsvorschuss, Wohngeld, Ausbildungsförderungen (BAföG, BAB), aber auch die Erwerbsminderungsrente.

73. Was passiert, wenn ich der Aufforderung des Jobcenters, die andere vorrangige Leistung zu beantragen, nicht befolge?

Das Jobcenter kann den Antrag für Sie stellen, wenn Sie der Aufforderung keine Folge leisten. Wird dann im Antragsverfahren beim anderen Träger eine fehlende Mitwirkung durch Sie bestandskräftig mit Bescheid festgehalten, ist das Jobcenter gesetzlich verpflichtet, die Grundsicherungsleistungen ebenfalls in Höhe der zu erwartenden anderen Leistung zu mindern.

Kapitel 8**Regelleistung****74. Wie hoch sind die Regelleistungen?**

Bitte nutzen Sie hierfür das Einlegeblatt 1.

75. Was muss aus der Regelleistung alles bezahlt werden?

Die Regelleistung deckt die regelmäßigen und unregelmäßig anfallenden Bedarfe des täglichen Lebens ab, z. B. Essen, Kleidung, Schreibwaren, Haushaltsstrom u. ä. Es handelt sich um eine pauschale Leistung.

76. Wer legt die Höhe der Regelsätze fest?

Die Beträge werden durch den Gesetzgeber zwingend vorgegeben und in der Regel jährlich erhöht. Sie erhalten im laufenden Leistungsfall automatisch bei Erhöhungen der Regelsätze einen Änderungsbescheid und müssen nichts unternehmen.

Kapitel 9**Mehrbedarfe und Beihilfen****77. Welche Formen der Mehrbedarfe gibt es?**

Es gibt folgende Mehrbedarfe:

- Mehrbedarf Schwangerschaft ab der 13. Schwangerschaftswoche
- Mehrbedarf Alleinerziehung
- Mehrbedarf Behinderung bei Teilhabeleistungen am Arbeitsleben bzw. Eingliederungshilfe erhalten bzw. bei nicht erwerbsfähigen Personen, die voll erwerbsgemindert sind und die das Merkzeichen G haben
- Mehrbedarf für kostenaufwendige Ernährung aus medizinischen Gründen
- Mehrbedarf dezentrale Warmwasseraufbereitung
- Mehrbedarf bei einem unabweisbaren, besonderen Bedarf
- Mehrbedarf für Schulbücher und dazugehörige Arbeitshefte

78. Wann bin ich alleinerziehend?

Alleinerziehend sind Sie, wenn sie mit einem oder mehreren Kindern im gemeinsamen Haushalt leben und allein für deren Pflege und Erziehung sorgen.

79. Ich habe eine Hausratversicherung. Sind die Kosten vom Jobcenter zu übernehmen?

Die Kosten einer Hausratversicherung können nicht übernommen werden. Es gibt hierfür keine Rechtsgrundlage im SGB II.

80. Welche Beihilfen sind noch möglich?

Es gibt einige Beihilferegulungen für besondere Bedarfssituationen. So können im Einzelfall z. B. für die Erstausrüstung aufgrund Schwangerschaft und Geburt, die Wohnungserstausrüstung bzw. für die Anschaffung und Reparatur von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten übernommen werden, wenn der Bedarf nicht anderweitig gedeckt werden kann. Hier müssen Sie einen gesonderten Antrag stellen.

Kapitel 10**Kosten der Unterkunft und Heizung sowie Umzug während dem SGB II Bezug****81. Werden die Kosten der Unterkunft und Heizung anerkannt?**

Die Bedarfe für Unterkunft werden für **1 Jahr** in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt. Die Karenzzeit beginnt ab Beginn des ersten Monats des Leistungsbezugs und endet nach Ablauf von **einem Jahr**. Die Anerkennung der tatsächlichen Aufwendungen innerhalb der Karenzzeit gilt nicht für die **Aufwendungen für Instandhaltung + Reparatur**.

82. Was bedeutet Angemessenheit?

Der Landkreis Ludwigsburg verfügt über ein schlüssiges Konzept. Dieses legt nach regelmäßiger Prüfung der tatsächlichen örtlichen Begebenheiten die angemessenen Miethöchstgrenzen für jeden Ort im Landkreis Ludwigsburg unter Beachtung der Anzahl der Personen (max. 5 Personen) fest. Bei Bedarfsgemeinschaften mit über 5 Personen sprechen Sie mit Ihrem zuständigen Sachbearbeiter. Im Einlegeblatt 2 finden Sie die derzeit gültigen Werte.

83. Ich wohne in meinem eigenen Haus/meiner Eigentumswohnung. Diese wird durch einen Kredit finanziert. Gibt es Besonderheiten?

Die Kosten des Kredits können grundsätzlich nur in Höhe der monatlichen Zinszahlungen berücksichtigt werden, wenn diese innerhalb der angemessenen Mietobergrenze (Karenzzeit wird beachtet) liegen und die Wohnfläche an sich angemessen ist. Die Tilgungsanteile in den Raten sind nicht übernahmefähig.

84. Was passiert nach dem Jahr Karenzzeit, wenn meine Wohnung zu teuer ist?

Entspricht Ihre Wohnung nicht dem Betrag der Angemessenheitsgrenze des schlüssigen Konzepts des Landkreis Ludwigsburg und liegt keine individuelle Unzumutbarkeit der Kostensenkung vor, erhalten Sie eine sogenannte Kostensenkungsaufforderung. Sie werden dazu aufgefordert, Bemühungen zu unternehmen, die Kosten zu senken und darüber regelmäßig einen Nachweis vorzulegen. Die Übernahme der unangemessenen Wohnkosten ist längstens für einen Zeitraum von 6 Monaten möglich.

85. Kann mir das Jobcenter vorschreiben, dass ich umziehe?

Eine konkrete Verpflichtung kann das Jobcenter nicht aussprechen. Allerdings kann ein Verbleib in einer zu teuren Wohnung dazu führen, dass Wohnkosten nur in geringerem Umfang anerkannt werden.

86. Können unangemessen hohe Wohnkosten bereits vor den 6 Monaten gekürzt werden?

Das ist grundsätzlich möglich, insbesondere wenn Sie keine Senkungsbemühungen unternehmen und dem Jobcenter dazu keine Nachweise einreichen. Der Zeitraum von 6 Monaten ist ein maximaler Zeitraum.

87. Ich habe Mietschulden. Kann ich vom Jobcenter Unterstützung erhalten?

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, für die Begleichung von Mietschulden ein Darlehen zu erhalten, welches Sie zurückzahlen müssen. Das Darlehen kann aber in der Regel nur dann ausbezahlt werden, wenn die von Ihnen bewohnte Wohnung im Sinne des schlüssigen Konzepts angemessen ist, denn nur dann kann der Wohnraum dauerhaft gesichert werden. Zudem muss sichergestellt sein, dass durch die Übernahme der Mietschulden, das Mietverhältnis weiterhin fortgesetzt wird.

88. Wie erfolgt die Zurückzahlung? Ich beziehe doch Bürgergeld?

Die Rückzahlung der Mietschulden erfolgt bei andauerndem Leistungsbezug durch eine Aufrechnung von 5 % des maßgeblichen Regelbedarfs und wird damit künftig von Ihrem festgestellten Anspruch direkt in Abzug gebracht. Sie erhalten hierzu einen gesonderten Bescheid.

89. Ich möchte umziehen und erhalte Bürgergeld. Ist dies einfach so möglich? Muss ich etwa beachten?

Wenn Sie umziehen möchten, sollten Sie dies Ihrem zuständigen Leistungssachbearbeiter schnellstmöglich mitteilen. Damit Sie wissen, ob die neue Unterkunft im Sinne der sozialhilfrechtlichen Bestimmungen angemessen ist, holen Sie sich vor der Unterzeichnung des Mietvertrags bitte die Zusicherung zum Umzug ein. Möchten Sie z. B. auch die Mietkaution als Darlehen oder Umzugskosten erhalten, ist ein weiterer Antrag auf diese Leistungen erforderlich.

90. Kann es sein, dass ich eine Zusicherung zum Umzug erhalte, aber die Zusicherung für die Mietkaution nicht?

Ja. Das ist seit dem 01.08.2016 durch eine erfolgte Gesetzesänderung möglich. Das Gesetz schreibt bei der Umzugszusicherung nur vor, die Angemessenheit der künftigen Wohnung zu bescheinigen. Für die Mietkaution und andere Umzugskosten hingegen muss der Umzug aber auch erforderlich gewesen sein.

91. Ich bin noch keine 25 Jahre alt und möchte bei meinen Eltern ausziehen, wir erhalten SGB-II-Leistungen. Muss ich etwas beachten?

Es ist grundsätzlich zumutbar, bei den Eltern im Haushalt zu leben. Ziehen Sie ohne vorherige Zusicherung um, werden bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres regelmäßig keine Mietkosten durch das Jobcenter übernommen. Gleiches gilt, wenn Sie in Erwartung, dass Sie Bürgergeld beziehen werden, umziehen. In diesem Fall erhalten Sie auch nur einen geminderten Regelsatz ausbezahlt.

92. Ich erhalte eine Rückerstattung aufgrund einer Betriebskostenabrechnung meines Vermieters. Muss ich das dem Jobcenter melden? Was passiert mit der Rückerstattung?

Es handelt sich um eine mitteilungsbedürftige Veränderung Ihres Leistungsfalles, sodass Sie das Jobcenter davon unterrichten müssen. Die Auszahlung des Betriebskostenguthabens durch Ihren Vermieter mindert Ihren Anspruch auf die anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung, wenn die Bedarfe zuvor vom Jobcenter anerkannt wurden. Im Folgemonat der Auszahlung werden daher weniger oder eventuell keine Kosten der Unterkunft und Heizung vom Jobcenter anerkannt.

Kapitel 11

Bildung und Teilhabe

93. Was und wer kann alles Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) erhalten?

Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (im Regelfall bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs; Ausnahme siehe unten) werden zusätzlich zum maßgebenden Regelbedarf folgende Bildungs- und Teilhabebedarfe berücksichtigt:

- tatsächliche Kosten für ein- und mehrtägige Ausflüge und Fahrten mit der Schule (z. B. Klassenfahrten), Kita und in der Kindertagespflege
- der persönliche Schulbedarf zum 1. August und zum 1. Februar eines jeden Jahres (bei erstmaliger Aufnahme in die Schule oder bei Wiederaufnahme in die Schule nach längerer Unterbrechung des Schulbesuchs Zahlung auch nach diesen Stichtagen).
- Kosten für Schülerbeförderung, soweit sie erforderlich sind und nicht bereits von Dritten getragen werden
- Leistungen für eine schulnahe Lernförderung unter bestimmten Voraussetzungen
- Mehrbedarf für ein gemeinschaftliches Mittagessen in Schule, Kita und Kindertagespflege
- bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs: monatlich bis zu 15 € für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (z. B. für Mitgliedsbeiträge im Sportverein, Musikschulgebühren oder Freizeiten)

94. Wer zählt als Schüler/Schülerin?

Unter Schülerinnen und Schülern werden Personen verstanden, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten.

95. Bekomme ich diese Leistungen einfach so? Was muss ich beachten?

Die Schulmittelpauschale wird automatisch – sofern Sie für jedes Kind eine aktuelle Schulbescheinigung mit dem Antrag/Weiterbewilligungsantrag vorgelegt haben – automatisch zu den in der Frage 93 benannten Zahlterminen ausgezahlt.

Für die Lernförderung ist eine gesonderte Antragstellung notwendig.

Alle weiteren Leistungen aus dem Bereich Bildung und Teilhabe gelten mit dem Hauptantrag als beantragt. Bitte beachten Sie, dass Sie zur Konkretisierung dieser Bedarfe Bescheinigungen von Schulen o. ä. einreichen müssen. Die jeweiligen Vordrucke erhalten Sie bei Ihrem zuständigen Jobcenter.

Kapitel 12

Besonderheiten bei Auszubildenden

96. Ich befinde mich in einer betrieblichen Ausbildung. Kann ich SGB II Leistungen erhalten? Aufgrund einer Gesetzesänderung wurde eine Vielzahl von Auszubildenden in den Anspruchskreis der Berechtigten aufgenommen. Erfolgt eine betriebliche Ausbildung und Sie sind nicht in einem Internat, Wohnheim oder beim Ausbilder untergebracht, besteht bei Hilfebedürftigkeit ein Anspruch auf Bürgergeld.

97. Ich bin Schüler im Sinne des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG). Stehen auch mir Leistungen zu?

Grundsätzlich sind alle nach dem BAföG förderfähigen Auszubildenden vom Leistungsbezug ausgeschlossen. Aufgrund einer Vielzahl von Rückausnahmen hingegen besteht doch die Möglichkeit, SGB-II-Leistungen zu erhalten. Ob eine Rückausnahme in Ihrem Einzelfall gegeben ist, hängt von vielen Faktoren ab. Die Anspruchsberechtigung wird im Zuge der Antragstellung geklärt. Dies ist Stand März 2025

insb. der Fall, wenn Sie BAföG tatsächlich beziehen, BAföG beantragt haben oder BAföG nur wegen der Anrechnung von Einkommen oder Vermögen tatsächlich nicht erhalten.

98. Kann ich trotz eines Leistungsausschluss als „Auszubildende“ bei Schwangerschaft Leistungen vom Jobcenter erhalten?

Sofern Hilfebedürftigkeit gegeben ist, kann ein Anspruch auf den Mehrbedarf Schwangerschaft bestehen. Auch weitere Mehrbedarfe können trotz eines Leistungsausschlusses erbracht werden.

99. Schlusswort

Wir hoffen, Ihnen einen ersten hilfreichen Überblick über Ihre Rechten und Pflichten beim Bezug und der Antragstellung von Leistungen nach dem zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende - gegeben zu haben.

Bei offenen Fragen oder Unklarheiten wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Sachbearbeiter. Diese Broschüre kann nur allgemeine Auskünfte erteilen. Die Beratung jedes Einzelfalles ist aufgrund der Vielzahl der gesetzlichen Bestimmung dadurch nicht abgedeckt. Bitte beachten Sie: Diese Broschüre erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; auch künftige Rechtsänderungen durch Gesetzesverfahren oder Rechtsprechung kann diese Broschüre nicht umfassend darstellen, ohne den gewollten schnellen Informationscharakter über die unterschiedlichen Gesetzesbestimmungen zu verlieren.

Einlegeblatt 1

Höhe der Regelbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhalts ab 1. Januar 2024

Alleinstehende, Alleinerziehende, Volljährige mit minderjährigen Partnern	563 €
Volljährige Partner	506 €
Volljährige bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres (18–24 Jahre) oder Personen unter 25 Jahren, die ohne Zusicherung des kommunalen Trägers umziehen (18–24 Jahre)	451 €
Kinder bzw. Jugendliche im 15. Lebensjahr bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (14–17 Jahre) oder minderjährige Partner (14–17 Jahre)	471 €
Kinder ab Beginn des 7. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (6–13 Jahre)	390 €
Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (0–5 Jahre)	357 €

Leistungen für Bildung an Schülerinnen und Schüler ab 01. 01.2024

Schulmittelpauschale zum 01.02 eines Schuljahres	65,00 €
Schulmittelpauschale zum 01.08. eines Schuljahres	130,00 €

Einlegeblatt 2: Seite 2

Angemessene Brutto-Monatskaltmieten ab 1. Mai 2024 im Landkreis Ludwigsburg

Bruttokaltmieten (=Kaltmiete inklusive kalter Betriebskosten), die in den nachstehenden Tabellen aufgeführt sind, können in der Regel im Landkreis Ludwigsburg als angemessen angesehen werden.

Maßgebend ist die monatliche **Grundmiete mit Betriebs- und Nebenkosten**, wie z.B. Grundsteuer, Gebäudebrandversicherung, Wassergeld, Gebühren für Kanalisation, Müllabfuhr, gemeinschaftliche Treppenbeleuchtung, an Wohnungsbaugesellschaften zu zahlende Nutzungsgebühren, Verwaltungskosten, Hausmeisterkosten, Straßenreinigungskosten, Kosten der Grubenentleerung, Schornsteinreinigung, Wasserschaden- und Haushaftpflichtversicherung, laufende Kosten für Sondereinrichtungen wie Einbaumöbel usw., **ohne Heizungs- und Warmwasserkosten**.

Angemessene Brutto -Monatskaltmieten ab 01.05.2024 im Landkreis Ludwigsburg						
Kommunen	VR*	1-Pers. (45 m ²)	2-Pers. (60 m ²)	3-Pers. (75 m ²)	4-Pers. (90 m ²)	5-Pers. (105 m ²)
Affalterbach	3. R. Ost	610 €	770 €	920 €	1.070 €	1.270 €
Asperg	2. R. West	650 €	800 €	980 €	1.140 €	1.320 €
Benningen am Neckar	3. R. Ost	610 €	770 €	920 €	1.070 €	1.270 €
Besigheim	4. R. West	640 €	770 €	900 €	1.090 €	1.220 €
Bietigheim-Bissingen	2. R. West	650 €	800 €	980 €	1.140 €	1.320 €
Bönnigheim	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Ditzingen	1. R. West	670 €	840 €	1.040 €	1.250 €	1.420 €
Eberdingen	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Erdmannhausen	3. R. Ost	610 €	770 €	920 €	1.070 €	1.270 €
Erligheim	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Freiberg am Neckar	3. R. Ost	610 €	770 €	920 €	1.070 €	1.270 €
Freudental	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Gemrigheim	4. R. West	640 €	770 €	900 €	1.090 €	1.220 €
Gerlingen	1. R. West	670 €	840 €	1.040 €	1.250 €	1.420 €
Großbottwar	4. R. Ost	600 €	750 €	890 €	1.030 €	1.170 €
Hemmingen	2. R. West	650 €	800 €	980 €	1.140 €	1.320 €
Hessigheim	4. R. Ost	600 €	750 €	890 €	1.030 €	1.170 €
Ingersheim	4. R. Ost	600 €	750 €	890 €	1.030 €	1.170 €
Kirchheim am Neckar	4. R. West	640 €	770 €	900 €	1.090 €	1.220 €
Korntal-Münchingen	1. R. West	670 €	840 €	1.040 €	1.250 €	1.420 €
Kornwestheim	1. R. Ost	620 €	770 €	960 €	1.130 €	1.370 €
Löchgau	4. R. West	640 €	770 €	900 €	1.090 €	1.220 €
Ludwigsburg	2. R. Ost	640 €	810 €	990 €	1.170 €	1.370 €
Marbach am Neckar	3. R. Ost	610 €	770 €	920 €	1.070 €	1.270 €
Markgröningen	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Möglingen	2. R. West	650 €	800 €	980 €	1.140 €	1.320 €
Mundelsheim	4. R. Ost	600 €	750 €	890 €	1.030 €	1.170 €
Murr	4. R. Ost	600 €	750 €	890 €	1.030 €	1.170 €
Oberriexingen	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Oberstenfeld	4. R. Ost	600 €	750 €	890 €	1.030 €	1.170 €

Einlegeblatt 2: Seite 2

Pleidelsheim	3. R. Ost	610 €	770 €	920 €	1.070 €	1.270 €
Remseck am Neckar	1. R. Ost	620 €	770 €	960 €	1.130 €	1.370 €
Sachsenheim	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Schwieberdingen	2. R. West	650 €	800 €	980 €	1.140 €	1.320 €
Sersheim	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Steinheim an der Murr	4. R. Ost	600 €	750 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Tamm	2. R. West	650 €	800 €	980 €	1.140 €	1.320 €
Vaihingen an der Enz	3. R. West	600 €	760 €	890 €	1.060 €	1.170 €
Walheim	4. R. West	640 €	770 €	900 €	1.090 €	1.220 €
* VR = Vergleichsraum (Einteilung in Ringe / R.)						